



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 69.331/VR

vom 17. Mai 2021

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über besondere Verarbeitungen personenbezogener Daten zur Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften, zur Durchsetzung der Quarantäne- und Testpflicht sowie zur Überwachung der Einhaltung von Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 am Arbeitsplatz durch die zuständigen Sozialinspektoren'

Am 3. Mai 2021 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen darum gebeten, innerhalb einer Frist von fünf Werktagen, die auf acht Werktage verlängert wurde^(*), ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über besondere Verarbeitungen personenbezogener Daten zur Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften, zur Durchsetzung der Quarantäne- und Testpflicht sowie zur Überwachung der Einhaltung von Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 am Arbeitsplatz durch die zuständigen Sozialinspektoren' abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von den vereinigten Kammern am 11. Mai 2021 untersucht. Die vereinigten Kammern setzten sich zusammen aus Marnix VAN DAMME, Kammerpräsident, Präsident, Martine BAGUET, Kammerpräsident, Bert THYS, Bernard BLERO, Wouter PAS und Patrick RONVAUX, Staatsräte, Michel TISON und Sébastien VAN DROOGHENBROECK, Beisitzer, Wim GEURTS, Greffier, und Charles-Henri VAN HOVE, stellvertretender Greffier.

Der Bericht wurde von Xavier DELGRANGE, Erster Auditor-Abteilungsleiter, Githa SCHEPPERS, Erster Auditor, und Anne-Stéphanie RENSON, beigeordneter Auditor, vorgelegt. Er wurde von Xavier DELGRANGE und Githa SCHEPPERS dargelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 17. Mai 2021 abgegeben.

*

^(*) Diese Verlängerung ergibt sich aus Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 3 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, dem zufolge die Frist von fünf Werktagen auf acht Werktage verlängert wird, wenn das Gutachten unter Anwendung von Artikel 85bis von den vereinigten Kammern abgegeben wird.

1. Laut Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 3 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat müssen in dem Begutachtungsantrag die Gründe angegeben werden, die dessen dringenden Charakter nachweisen.

Im vorliegenden Fall wird die Dringlichkeit in dem Begutachtungsantrag nicht besonders begründet. Sie kann jedoch ausnahmsweise aus den in der Begründung angeführten Gründen abgeleitet werden. Künftig wird der Verfasser des Vorentwurfs jedoch dafür sorgen, dass die Begründung der Dringlichkeit in den Begutachtungsantrag selbst aufgenommen wird¹.

2. Gemäß Artikel 84 § 3 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung darauf beschränken müssen, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage[‡], sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

TRAGWEITE DES VORENTWURFS

3. Das Zusammenarbeitsabkommen², dem zugestimmt wird, soll eine Rechtsgrundlage für drei Arten der Verarbeitung personenbezogener Daten schaffen, indem die wesentlichen Elemente dieser Verarbeitungen festgelegt werden.

Eine erste Art von Verarbeitungen kann zur Unterstützung der Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften vorgenommen werden, und betrifft die Anreicherung durch das Landesamt für soziale Sicherheit, das als Auftragsverarbeiter im Auftrag der zuständigen föderierten Teilgebiete drei personenbezogenen Daten aus Datenbank I (ENSS, Datum des COVID-19-Tests, Postleitzahl) von Personen der Kategorie II, insofern der COVID-19-Test ergeben hat, dass sie mit dem Coronavirus infiziert sind, verarbeiten,

¹ Wie die Gesetzgebungsabteilung den Verfasser des Vorentwurfs in ihrem Gutachten Nr.68.983/VR vom 16. März 2021 über einen Entwurf, der zum Dekret vom 29. März 2021 „zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Übermittlung notwendiger Daten an die föderierten Teilgebiete, die lokalen Behörden oder die Polizeidienste zur Durchsetzung der verpflichteten Quarantäne oder Untersuchung von Reisenden aus dem Ausland, die bei der Ankunft in Belgien einer verpflichteten Quarantäne oder Untersuchung unterliegen“ geworden ist, bereits darauf hingewiesen hat, *Parl. Dok.*, Parl. DG, 2020-2021, Nr. 134/1, S. 16 bis 28, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/gutachten/68983.pdf>.

[‡] Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

² Am 26. April 2021 wurde im *Belgischen Staatsblatt* ein Vereinbarungsprotokoll vom 15. April 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission „concernant des traitements particuliers en vue du traçage et de l'examen des clusters et collectivités, en vue de l'application de la quarantaine et du test de dépistage obligatoire et en vue de la surveillance par les inspecteurs sociaux du respect des mesures pour limiter la propagation du coronavirus COVID-19 sur les lieux de travail“ veröffentlicht. Im Wesentlichen stimmt der Inhalt des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens weitgehend mit dem Inhalt dieses Protokolls überein.

zusammenführen und mit Identifikations-, Kontakt-, Beschäftigungs- und Aufenthaltsdaten abgleichen kann (Artikel 2).

Eine zweite Art von Verarbeitungen kann zur Unterstützung der Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften und im Hinblick auf die Durchsetzung der Quarantäne- und Testpflicht vorgenommen werden, und betrifft die Anreicherung durch das Landesamt für soziale Sicherheit, das als Auftragsverarbeiter im Auftrag der zuständigen föderierten Teilgebiete, die in Artikel 3 § 2 aufgeführten personenbezogenen Daten aus der PLF-Datenbank von im Ausland wohnenden oder sich dort aufhaltenden Arbeitnehmern und Selbständigen, die in Belgien arbeiten, verarbeiten, zusammenführen und mit Identifikations-, Kontakt-, Beschäftigungs- und Aufenthaltsdaten abgleichen kann (Artikel 3).

Die dritte Art von Verarbeitungen kann bei der Überwachung der Arbeitsplätze durch die Sozialinspektoren vorgenommen werden, und betrifft die Anreicherung durch das Landesamt für soziale Sicherheit, das in seiner Eigenschaft als Verarbeitungsverantwortlicher, eine Auswahl bestimmter personenbezogener Daten aus der PLF-Datenbank verarbeiten, zusammenführen und mit Identifikations-, Kontakt- und Beschäftigungsdaten abgleichen darf (Artikel 4).

Laut Artikel 5 werden Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens in Bezug auf die Auslegung oder die Ausführung des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens einem Zusammenarbeitsgericht im Sinne von Artikel 92bis § 5 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘ vorgelegt.

In Artikel 6 wird die Rolle der Interministeriellen Konferenz Volksgesundheit festgelegt; diese überwacht die Umsetzung und die Einhaltung, legt gegebenenfalls Anpassungsvorschläge vor und kann eine Vermittlerrolle wahrnehmen.

Artikel 7 regelt das Inkrafttreten.

ZUSTÄNDIGKEIT

4.1. Beim Abschließen des zu billigenden Zusammenarbeitsabkommens können sich die Flämische Gemeinschaft, die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission und die Wallonische Region sich hauptsächlich auf ihre Zuständigkeit, bzw. für die Wallonische Region auf die von ihr ausgeübte Zuständigkeit³ im Bereich der Präventivmedizin⁴ stützen.

³ In Ausführung von Artikel 138 der Verfassung, durch das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014, das Dekret der Französischen Gemeinschaftskommission vom 4. April 2014 und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘.

⁴ Artikel 5 § 1 I Absatz 1 Nr. 8 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen.

Das Abschließen dieses Zusammenarbeitsabkommens fällt auch in den Zuständigkeitsbereich der Föderalbehörde, unter anderem auf der Grundlage ihrer Restbefugnis in Sachen tierseuchenrechtliche Überwachung, Zivilschutz, Zivilsicherheit⁵, Kontrolle der Außengrenzen⁶, sowie aufgrund ihrer Befugnis in Sachen Wohlbefinden bei der Arbeit⁷. Die Föderalbehörde kann sich zudem auf ihre vorbehaltene Zuständigkeit im Bereich der sozialen Sicherheit⁸ und auf ihre Befugnis im Bereich der wissenschaftlichen Forschung⁹ stützen.

Aus dem Vorstehenden folgt, dass die verschiedenen Verarbeitungen von Daten aus der jeweiligen Ausübung der eigenen Zuständigkeiten jedes Teilgebiets das Abschließen eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Föderalbehörde, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission rechtfertigen¹⁰.

⁵ Für eine Übersicht der Zuständigkeiten der Föderalbehörde in Sachen tierseuchenrechtliche Überwachung, Zivilschutz und Zivilsicherheit, siehe das Gutachten des Staatsrates Nr. 68.936/AV vom 7. April 2021 über einen Vorentwurf eines Gesetzes „relative aux mesures de police administrative lors d’une situation d’urgence épidémique“, Punkte 11 ff., *Parl. Dok.*, Kammer, 2020-2021, Nr. 55-1951/1, S. 55 bis 127, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68936.pdf>.

⁶ *Id.*, Punkt 21.

⁷ Artikel 6 § 1 II Nr. 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 „zur Reform der Institutionen“.

⁸ Artikel 6 § 1 VI Absatz 5 Nr. 12 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 „zur Reform der Institutionen“.

⁹ Artikel 6bis §§ 2 und 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 „zur Reform der Institutionen“.

¹⁰ Zu diesem Punkt befragt erklärten die Beauftragten Folgendes: „Uitgangspunt is dat elke overheid verantwoordelijk is voor de bestrijding van een volksgezondheids crisis binnen de grenzen van haar eigen materiële bevoegdheden. Voor wat betreft de verwerkingen van persoonsgegevens met het oog op het opsporen en onderzoeken van clusters en collectiviteiten, zijn de gemeenschappen, en wat het Frans taalgebied betreft, het Waals gewest, bevoegd voor de opsporing en de strijd tegen de besmettelijke en sociale ziekten als een onderdeel van hun bevoegdheden inzake preventieve gezondheidszorg (art. 5, § 1, I, eerste lid, 8°, BWHI). Met betrekking tot de contactopsporing in de strijd tegen de COVID-19-pandemie hebben de bevoegde deelstaten op grond van deze bevoegdheid recent een aantal nieuwe regelingen uitgewerkt en bestaande regelingen aangepast: zie het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 20 juli 2020 “über die Rückverfolgung von Infektionsketten im Rahmen der Bekämpfung der Coronavirus (COVID-19) Gesundheitskrise”, het decreet van de Vlaamse Gemeenschap van 29 mei 2020 “tot organisatie van het centrale contactonderzoek door een samenwerkingsverband van externe partners, het lokale contactonderzoek door lokale besturen of zorgraden en tot organisatie van de COVID-19-teams in het kader van COVID-19”, het besluit van de Waalse regering nr. 35 van 5 mei 2020 “organisant le tracing socio-sanitaire dans le cadre de la lutte contre l’épidémie COVID-19”, zoals gewijzigd en bekrachtigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 3 december 2020 “portant confirmation des arrêtés du gouvernement wallon de pouvoirs spéciaux pris dans le cadre de la gestion de la crise sanitaire liée au COVID-19 pour les matières visées à l’article 138 de la Constitution”, alsook het besluit van het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie van bijzondere machten nr. 2020/006 van 18 juni 2020 “tot het organiseren van het gezondheidkundig contactonderzoek in het kader van de strijd tegen de COVID-19-pandemie”, bekrachtigd bij de ordonnantie van 4 december 2020 “houdende bekrachtiging van de besluiten van het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie tot uitvoering van de ordonnantie van 19 maart 2020 om bijzondere machten toe te kennen aan het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie in het kader van de gezondheidscrisis COVID-19 en betreffende het toekennen van bijkomende opdrachten aan de bicommunautaire Dienst voor Gezondheid, Bijstand aan Personen en Gezinsbijslag”. Volledigheidshalve wordt gewezen op de federale bevoegdheden inzake wetenschappelijk onderzoek (art. 6bis, §§ 2 en 3 BWHI, zie ook art. 4 wet 25 februari 1988 tot oprichting van Sciensano). Voor wat betreft de verwerkingen van persoonsgegevens met het oog op de handhaving van de verplichte quarantaine en testing, kan de federale overheid maatregelen nemen in de strijd tegen de bestrijding van de COVID-pandemie in het kader van haar residuaire bevoegdheid inzake onder meer civiele bescherming, civiele veiligheid, algemene politie en volksgezondheid. De federale overheid is eveneens bevoegd voor de controle van de buitengrenzen. Op grond van de voornoemde federale bevoegdheden kan de federale overheid ook voorwaarden opleggen in verband met de toegang tot het grondgebied, zoals het invullen en bij zich houden van het PLF. Het opleggen van verplichtingen inzake de afzondering of quarantaine van mogelijk besmette personen en inzake het testen van deze personen betreft een bevoegdheid van de gemeenschappen en, wat

4.2. Auf die Frage, warum die Französische Gemeinschaft und die Französische Gemeinschaftskommission keine Parteien des vorliegenden Abkommens sind, erklärten die Beauftragten des Ministers Folgendes:

„Dans ce domaine, les données visées sont issues des banques de données I de Sciensano et PLF, qui sont régies respectivement par les accords de coopération du 25 août 2020 et 24 mars 2021. L'ONSS agit comme sous-traitant des entités fédérées. Dans la mesure où la Communauté française et la COCOF ne sont pas parties à ces deux accords de coopération, ces deux entités ne peuvent pas sous-traiter la gestion des données à l'ONSS et donc ne peuvent pas être parties à l'accord de coopération envisagé“.

Diese Erklärung wird zur Kenntnis genommen.

UNTERSUCHUNG DES DEKRETVORENTWURFS

5. Der Titel und der verfügende Teil des untersuchten Dekretvorentwurfs sind mit dem Unterzeichnungsdatum des Zusammenarbeitsabkommens zu ergänzen.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

ALLGEMEINE BEMERKUNG IN BEZUG AUF ARTIKEL 22 DER VERFASSUNG UND AUF ARTIKEL 8 DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION

6. Im untersuchten Zusammenarbeitsabkommen werden drei Arten von besonderen Verarbeitungen personenbezogener Daten zur Unterstützung der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 vorgesehen¹¹, die Einmischungen in das in Artikel 22 der Verfassung und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankerte Recht auf Achtung des Privatlebens der betreffenden Personen bilden.

Um im Hinblick auf die o.a. Bestimmungen annehmbar zu sein, muss die Einmischung in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privatlebens deutlich und ausreichend präzise formuliert sein, damit auf vorhersehbare Weise die Fälle beurteilt werden können, in denen der Gesetzgeber eine solche Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens erlaubt. Jede Einmischung in das Recht auf Achtung des Privatlebens muss zudem eine angemessene Rechtfertigungsgrundlage haben und den vom Gesetzgeber verfolgten Zielen entsprechen¹².

het Franse taalgebied betreft, het Waals gewest, aangezien de opsporing van en de strijd tegen besmettelijke ziekten, zoals COVID-19, onderdeel uitmaakt van hun bevoegdheden inzake preventieve gezondheidszorg (art. 5, § 1, I, eerste lid, 8°, BWHI). Voor wat betreft de verwerkingen van persoonsgegevens met het oog op het toezicht op de naleving door de bevoegde sociaal inspecteurs van de maatregelen om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 tegen te gaan op de arbeidsplaatsen, wordt voor de relevante federale bevoegdheden verwezen naar artikel 17, § 2, en artikel 238 van het Sociaal Strafwetboek“.

¹¹ Siehe die Artikel 2, 3 und 4 des untersuchten Zusammenarbeitsabkommens.

¹² Gutachten des Staatsrates Nr. 63.192/2 vom 19. April 2018 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 30. Juli 2018 „über den Schutz natürlicher Personen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten“ geworden ist, *Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, Nr. 54-3126/001, S. 402 bis 456, <http://www.raadvst->

Verfolgen die im untersuchten Zusammenarbeitsabkommen vorgesehenen Einmischungen ein rechtmäßiges Ziel, nämlich den Schutz der Gesundheit und den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer¹³, so ist zu überprüfen, ob die Gesetzmäßigkeits-, Stichhaltigkeits- und Verhältnismäßigkeitsbedingungen erfüllt sind.

Bezüglich des in Artikel 22 der Verfassung verankerten Gesetzmäßigkeitsprinzips

7. Die Generalversammlung der Gesetzgebungsabteilung hat vor kurzem in ihrem Gutachten Nr. 68.936/AG vom 7. April 2021 an Folgendes erinnert:

„Conformément à l'article 22 de la Constitution, tout traitement de données à caractère personnel et, plus généralement, toute atteinte au droit à la vie privée, sont soumis au respect d'un principe de légalité formelle¹⁴.

En réservant au législateur compétent le pouvoir de fixer dans quels cas et à quelles conditions il peut être porté atteinte au droit au respect de la vie privée, l'article 22 de la Constitution garantit à tout citoyen qu'aucune ingérence dans l'exercice de ce droit ne peut avoir lieu qu'en vertu de règles adoptées par une assemblée délibérante, démocratiquement élue. Une délégation à un autre pouvoir n'est toutefois pas contraire au principe de légalité, pour autant que l'habilitation soit définie de manière suffisamment précise et porte sur l'exécution de mesures dont les « éléments essentiels » sont fixés préalablement par le législateur¹⁵.

Par conséquent, les « éléments essentiels » des traitements de données à caractère personnel doivent être fixés dans la loi elle-même. À cet égard, la section de législation considère que, quelle que soit la matière concernée, constituent, en principe, des « éléments essentiels » les éléments suivants: 1°) les catégories de données traitées ; 2°) les catégories de personnes concernées ; 3°) la finalité poursuivie par le traitement ; 4°) les catégories de personnes ayant accès aux données traitées ; et 5°) le délai maximal de conservation des données¹⁶.

8. Diesbezüglich kann auf folgende Elemente hingewiesen werden:

8.1. Das durch die Verarbeitung verfolgte Ziel wird für jede der beabsichtigten Verarbeitungen in den Artikeln 2, 3 und 4 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegt.

consetat.be/dbx/avis/63192.pdf; Gutachten des Staatsrates Nr. 63.202/2 vom 26. April 2018 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 5. September 2018 ‚zur Schaffung des Informationssicherheitsausschusses und zur Abänderung verschiedener Gesetze zur Ausführung der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG‘, geworden ist, *Parl. Dok.*, Kammer, 2017-2018, Nr. 54-3185/001, S. 120 bis 145, <http://www.raadvstconsetat.be/dbx/avis/63202.pdf>.

¹³ Artikel 8 § 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

¹⁴ Fußnote Nr. 174 aus dem zitierten Gutachten: Déjà invoqué plus avant, numéros 70 et s.

¹⁵ Fußnote Nr. 175 aus dem zitierten Gutachten: Jurisprudence constante de la Cour constitutionnelle : voir notamment C.C., 18 mars 2010, n° 29/2010, B.16.1 ; C.C., 20 février 2020, n° 27/2020, B.17.

¹⁶ Gutachten Nr. 68.936/AV Punkt 101.

Artikel 2 zielt somit nur auf die „Unterstützung der Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften“, während Artikel 3 im weiteren Sinne die „Unterstützung der Rückverfolgung und Untersuchung von Clustern und Personengemeinschaften und im Hinblick auf die Durchsetzung der Quarantäne- und Testpflicht“ betrifft.

Somit kann davon *a contrario* abgeleitet werden, dass die in Artikel 2 erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten nicht auf die Durchsetzung und die Kontrolle der Quarantäne- und Testpflicht abzielt.

Darüber befragt bestätigten die Beauftragten Folgendes:

„Uw lezing is correct. De verwerking van persoonsgegevens bedoeld in artikel 2 beoogt niet de opvolging en de controle van de verplichte quarantaine en testing. De verwerking van persoonsgegevens ondersteunt de opsporing en het onderzoek van clusters en collectiviteiten door de bevoegde gefedereerde entiteiten, in het bijzonder wat betreft de clusters en collectiviteiten die gerelateerd zijn aan arbeid. Zonder deze verwerking zouden een groot aantal arbeidsgelateerde clusters niet of pas veel later opgespoord, en bijgevolg opgevolgd. Deze verwerking stelt de bevoegde gefedereerde entiteiten in staat om besmettingshaarden op de werkvloer beter te detecteren en op te volgen alsook om sneller de nodige maatregelen ter plaatse te treffen voor het indijken van coronavirus COVID-19 uitbraken en clusters“.

8.2. Die Kategorien der betroffenen Personen werden für jede der beabsichtigten Verarbeitungen in den Artikeln 2, 3 und 4 des Zusammenarbeitsabkommens definiert.

8.3. Die Kategorien der verarbeiteten Daten werden für jede der beabsichtigten Verarbeitungen in denselben Artikeln 2, 3 und 4 definiert, über die folgende Bemerkungen zu formulieren sind.

8.3.1. Die in den Artikeln 2 § 1, 3 § 1 und 4 § 1 erwähnten „Identifikations-, Kontakt-, Beschäftigungs- und Aufenthaltsdaten“ werden nicht im untersuchten Zusammenarbeitsabkommen definiert.

Diesbezüglich befragt haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

„Met betrekking tot artikel 2, 3 en 4 moet onder identificatiegegevens worden verstaan de gegevens die nodig zijn om een bepaalde natuurlijke persoon of rechtspersoon op unieke wijze te kunnen identificeren, waaronder het rijksregisternummer of het ondernemingsnummer.

Met betrekking tot artikel 2, 3 en 4, moet onder contactgegevens worden verstaan gegevens die toelaten om de betrokkene te contacteren, bijvoorbeeld een postadres, een e-mailadres, een telefoonnummer.

Met betrekking tot artikel 2, 3 en 4, moet onder tewerkstellingsgegevens worden verstaan gegevens over tewerkstelling, bijvoorbeeld welke personen tijdens een bepaalde periode bij een bepaalde werkgever in dienst zijn, tot welke sector deze werkgever behoort en dergelijke meer.

Met betrekking tot artikel 2 en 3, moet onder verblijfsgegevens worden verstaan gegevens die betrekking hebben op de plaats(en) waar een persoon zich bevindt“.

Folglich ist die Regelung dahingehend zu ergänzen, dass die betreffenden Daten genau identifiziert werden¹⁷.

8.3.2. Zudem bezeichnen die Artikel 3 § 2 und 4 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten aus der *Passenger Locator Form* (nachstehend: PLF) genannten Datenbank. Diesbezüglich ist zu beachten, dass die Verpflichtung, ein *Passenger Locator Form* auszufüllen, derzeit in Artikel 21 des Ministeriellen Erlasses vom 28. Oktober 2020 ‚zur Festlegung von Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19‘ enthalten ist. Diese Bestimmung definiert jedoch nicht die über das PLF mitzuteilenden Daten. Diese Daten werden auch nicht im Zusammenarbeitsabkommen vom 24. März 2021 definiert. Höchstens kann abgeleitet werden, dass diese Daten die in Artikel 1 Nr. 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. März 2021 erwähnten Daten (nämlich Vorname, Name, Geburtsdatum, Telefonnummer, Aufenthaltsadresse während der Quarantäne und Ankunftsdatum in Belgien) enthalten.

Diesbezüglich hatte die Gesetzgebungsabteilung insbesondere in ihrem Gutachten Nr. 68.977/VR vom 16. März 2021 jedoch bereits Folgendes bemerkt:

„Il s'imposerait, en conséquence, de remédier à cette lacune en identifiant avec la précision voulue, dans la loi ou, selon le choix de l'autorité fédérale, dans l'accord de coopération auquel l'assentiment est donné, l'ensemble des catégories de données qui seront collectées par le PLF et traitées par la base de données PLF“¹⁸.

Darüber befragt haben die Beauftragten bestätigt, dass diese Lücke nicht behoben worden ist:

„Op heden worden de met het PLF, op te vragen persoonsgegevens, niet exhaustief opgesomd in een wettelijke of reglementaire tekst. De inhoud van het PLF is gebaseerd op de Public Health Passenger Locator Card uitgewerkt binnen de World Health Organization (zie <https://www.who.int/publications/m/item/public-health-passenger-locator-card>)“.

Im Gegensatz zu dem, was das aus Artikel 22 der Verfassung abgeleitete Legalitätsprinzip vorschreibt, gibt es zurzeit keine Norm mit Gesetzeskraft, die die über das PLF mitzuteilenden Daten, die im Rahmen der PLF-Datenbank verarbeitet werden, definiert. Somit kann erst recht nicht geprüft werden, ob die in Artikel 3 § 2 und in Artikel 4 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens aufgezählten Daten mit den in der PLF-Datenbank enthaltenen Daten völlig übereinstimmen.

¹⁷ Siehe in demselben Sinne das Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Punkte 18, 20, 33, 37, 55 und 59.

¹⁸ Gutachten Nr. 68.977/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf eines Dekrets der Wallonischen Region ‚portant assentiment à l'accord de coopération du [date] entre l'Etat fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone, la Commission communautaire commune, la Région wallonne et la Commission communautaire française concernant le transfert de données nécessaires aux entités fédérées, aux autorités locales ou aux services de police en vue du respect de l'application de la quarantaine ou du test de dépistage obligatoires des voyageurs en provenance de zones étrangères et soumis à une quarantaine ou à un test de dépistage obligatoires à leur arrivée en Belgique‘, *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2020-2021, Nr. 523/1, S. 35 bis 43, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68977.pdf>.

8.3.3. Schließlich zielt Artikel 3 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens darauf ab, die Kategorien von verarbeiteten Daten über ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen zu „präzisieren, ändern oder ergänzen“, und dies „im Falle einer Änderung des PLF“. Wegen ihres Umfangs ist eine solche Delegation im Hinblick auf das in Artikel 22 der Verfassung verankerte Legalitätsprinzip nicht annehmbar.

In ihrem Gutachten Nr. 66.369/VR/V vom 13. August 2019¹⁹ hat die Gesetzgebungsabteilung Folgendes bemerkt:

„L'article 2, alinéa 4, de l'accord de coopération dispose que sans préjudice des autres pouvoirs qui leur sont attribués par cet accord, 'les parties peuvent, par un accord de coopération d'exécution tel que prévu à l'article 92bis, § 1, alinéa 3, de la loi spéciale [du 8 aout 1980 'de réformes institutionnelles'], définir les modalités nécessaires à la mise en œuvre de cet accord'.

Depuis la Sixième Réforme de l'État, l'article 92bis, § 1er, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 aout 1980 prévoit la possibilité de conclure des accords de coopération d'exécution. Cette disposition a pour objectif de faciliter et de simplifier la coopération entre l'autorité fédérale et les entités fédérées. Le statut et le cadre juridique dans lequel ces accords de coopération d'exécution peuvent être conclus n'ont pas été davantage précisés dans la loi spéciale. Il découle néanmoins de la lecture de l'article 92bis, § 1er, alinéa 3, de la loi spéciale du 8 aout 1980 que ces accords de coopération d'exécution ne doivent pas être soumis à l'assentiment des parlements respectifs et que ces accords doivent se limiter à 'l'exécution' d'accords de coopération qui eux ont reçu l'assentiment du législateur.

L'alinéa 3 de l'article 92bis, § 1er, de la loi spéciale du 8 aout 1980 ne peut être logiquement compris et concilié avec l'alinéa 2 de cette même disposition que si l'accord de coopération, pour lequel l'assentiment des législateurs compétents est requis, fixe les éléments essentiels de la matière qu'il entend traiter, les accords de coopération d'exécution subséquents en réglant les autres aspects (...)

Au regard des principes évoqués ci-dessus, les accords de coopération d'exécution visés à l'article 2, alinéa 4, de l'accord de coopération doivent rester limités à la mise en œuvre des éléments dont la substance est déjà adéquatement réglée dans l'accord de coopération à l'examen.

C'est d'autant plus vrai en ce qui concerne les matières qui sont en principe réservées au législateur concerné, comme par exemple la protection du droit au respect de la vie privée (article 22 de la Constitution)“.

¹⁹ Gutachten Nr. 66.369/VR/V vom 13. August 2019 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz der Region Brüssel-Hauptstadt, portant assentiment à l'accord de coopération entre la Région wallonne, la Région flamande, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone portant sur la coordination du contrôle et de la surveillance des législations régionales relatives à l'emploi'. Siehe auch das Gutachten Nr. 68.085/4 vom 26. Oktober 2020 über einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft „zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Koordination im Hinblick auf die Überwachung und der Einhaltung von regionalen gesetzlichen Bestimmungen in Beschäftigungsfragen“, *Parl. Dok.*, Parl. DG, 2020-2021, Nr. 137/1, S. 8 und 9, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/gutachten/68085.pdf>.

Im Falle einer durch ein Zusammenarbeitsabkommen an ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen erteilten Delegation müssen dieselben Grundsätze wie die Grundsätze, die im Falle einer durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine in Artikel 134 der Verfassung erwähnte Regel an die ausführende Gewalt erteilten Delegation anwendbar sind, angewandt werden. Wie die Gesetzgebungsabteilung jedoch bereits in ihrem Gutachten Nrn. 67.425/3, 67.426/3 und 67.427/3 vom 26. Mai 2020 bemerkt hat²⁰:

„Dans la mesure où les délégations proposées se rapportent à des catégories supplémentaires de données à caractère personnel ou à des finalités supplémentaires de traitement de telles données, les catégories et finalités visées doivent être réglées dans le texte de la proposition et elles ne peuvent pas être déléguées par le législateur. Par contre, s’il s’agit uniquement de poursuivre la concrétisation de catégories et de finalités déjà définies dans la proposition, ladite concrétisation peut être déléguée²¹“.

Artikel 3 § 3 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens muss dementsprechend revidiert werden²².

8.4. Hinsichtlich der maximalen Datenaufbewahrungsfrist wird in den Artikeln 2 und 3 einerseits zwischen der Datenaufbewahrungsfrist für das LASS und andererseits der Datenaufbewahrungsfrist für die zuständigen föderierten Teilgebiete unterschieden.

8.4.1. Was die Datenaufbewahrungsfrist für das LASS betrifft, hat die Datenschutzbehörde Folgendes bemerkt:

„De Autoriteit vestigt er de aandacht op dat de RSZ een gegevensset creëert die naast de gegevens uit Gegevensbank I ook andere gegevens bevat. Alle gegevens die de RSZ ontving om deze gegevensset aan te maken en de gegevensset zelf moeten door de bewaartermijn gevisieerd worden. Voor zover de Autoriteit op basis van de beschikbare informatie kan beoordelen is er voor de RSZ geen reden om ontvangen gegevens en de gegevensset m.b.t. een welbepaalde persoon, nog te bewaren nadat hij deze bezorgde aan de bevoegde gefedereerde entiteit. Indien een bewaartermijn van 14 dagen noodzakelijk is, dan moet in de artikelsgewijze bespreking omstandig worden toegelicht waarom een die bewaartermijn noodzakelijk is“²³.

Der Kommentar zu den Artikeln 2 und 3 und gegebenenfalls auch ihr verfügender Teil sind diesbezüglich zu verdeutlichen.

²⁰ *Parl. Dok.*, Kammer, Nr. 55-1249/006, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/67425.pdf>. Siehe auch in demselben Sinne das Gutachten Nr. 67.717/VR vom 15. Juli 2020 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Wallonischen Region vom 30. September 2020 „portant assentiment à l’accord de coopération du 25 août 2020 entre l’État fédéral, la Communauté flamande, la Région wallonne, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune, concernant le traitement conjoint de données par Sciensano et les centres de contact désignés par les entités fédérées compétentes ou par les agences compétentes, par les services d’inspection d’hygiène et par les équipes mobiles dans le cadre d’un suivi des contacts auprès des personnes (présumées) infectées par le coronavirus COVID-19 se fondant sur une base de données auprès de Sciensano“ geworden ist, Bemerkung 11.3, *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2019-2020, Nr. 244/1, S. 171, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/67717.pdf>.

²¹ Fußnote Nr. 15 aus dem zitierten Gutachten: Comparer avec C.C., 4 avril 2019, n° 49/2019, B.46.7 et B.47.2.

²² Siehe in demselben Sinne das Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Punkt 43.

²³ Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Bemerkung 26. Siehe auch in demselben Sinne die Bemerkungen 45 und 65 desselben Gutachtens.

8.4.2. Die Aufbewahrungsfrist für die zuständigen föderierten Teilgebiete wird in den Artikeln 2 § 3 Absatz 2 und 3 § 4 Absatz 2 unter Bezugnahme auf Artikel 15 des Zusammenarbeitsabkommens vom 25. August 2020 festgelegt. Es ist jedoch festzustellen, dass dieser Artikel 15 unterschiedliche Aufbewahrungsfristen festlegt, so dass der Verweis darauf nicht eindeutig ist²⁴.

Der verfügende Teil ist infolgedessen diesbezüglich zu verdeutlichen.

8.5. In den Artikeln 2 und 3 werden die Kategorien von Personen, die Zugang zu den verarbeiteten Daten haben, nicht genau bestimmt²⁵.

Darüber befragt, haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

“S’agissant de l’article 2 : ‘De volgende persoonscategorieën kunnen toegang hebben tot de verwerkte gegevens: contactcentra, mobiele teams en gezondheidsinspectiediensten. Deze toegang geschiedt overeenkomstig artikel 10 van het samenwerkingsakkoord van 25 augustus 2020 en de regelgeving van de bevoegde gefedereerde entiteiten’.

S’agissant de l’article 3 : ‘De volgende categorieën van personen hebben toegang tot de verwerkte gegevens met het oog op het opsporen en onderzoeken van clusters en collectiviteiten: contactcentra, gezondheidsinspectiediensten en mobiele teams. De toegang tot persoonsgegevens verwerkt met het oog op het opsporen en onderzoeken van clusters en collectiviteiten geschiedt overeenkomstig artikel 10 van het samenwerkingsakkoord van 25 augustus 2020 en de regelgeving van de bevoegde gefedereerde entiteiten. De volgende persoonscategorieën hebben toegang tot de verwerkte gegevens met het oog op de handhaving van de verplichte quarantaine en testing: de gefedereerde entiteiten, de lokale overheden en politiediensten. De (mogelijke) doorgifte door de gefedereerde entiteiten aan de lokale overheden en door de gefedereerde entiteiten of de lokale overheden aan de politiediensten gebeurt overeenkomstig artikel 3, § 2, van het samenwerkingsakkoord van 24 maart 2021 en overeenkomstig de regelgeving van de gefedereerde entiteiten, met name

Duitstalige Gemeenschap: artikel 10.6.1 en 10.6.2 van het Decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en artikel 2 van het Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 21 januari 2021 tot vaststelling van maatregelen ter voorkoming van de verspreiding van het coronavirus (COVID-19). Wat de verplichting inzake testing betreft, gebeurt er geen mededeling aan de lokale overheden of aan de politiediensten opo basis van voormeld decreet van de Duitstalige Gemeenschap;

Waalse Gewest: de artikelen 47/15 en 47/15bis van het Waals Wetboek van Sociale Actie en Gezondheid van 29 september 2011 en het Besluit van de Waalse Regering van 6 november 2020 houdende uitvoering van artikel 47/15bis van het Waals Wetboek van Sociale Actie en Gezondheid;

²⁴ Siehe in demselben Sinne Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Bemerkungen 28 und 47.

²⁵ Artikel 4 § 3 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens bestimmt jedoch, dass die verarbeiteten Daten vom LASS „nur an die Sozialinspektoren der in Artikel 17 § 2 Absatz 1 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Dienste oder Einrichtungen übermittelt werden [dürfen], die mit der Überwachung der Einhaltung der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 am Arbeitsplatz [...] beauftragt sind“.

Vlaamse Gemeenschap: artikel 47/1, § 2, eerste lid van het decreet van 21 november 2003 betreffende het preventieve gezondheidsbeleid en artikel 47/1, § 2, tweede lid van het decreet van 21 november 2003 betreffende het preventieve gezondheidsbeleid; en

Brussels Hoofdstedelijk Gewest: artikel 13 en 13/1 van de Brusselse Ordonnantie van 19 juli 2007 betreffende het preventieve gezondheidsbeleid“.

Der verfügende Teil ist daher dahingehend zu ergänzen, dass die Kategorien von Personen, die Zugang zu den verarbeiteten Daten haben, genau bestimmt werden.

Über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

9. Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche muss vor den Verarbeitungsvorgängen eine Abschätzung der Folgen für den Schutz der Daten durchführen, gemäß Artikel 35 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 ‚zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)‘ (nachstehend: DSGVO), der wie folgt lautet:

„(1) Hat eine Form der Verarbeitung, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aufgrund der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung voraussichtlich ein hohes Risiko für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen zur Folge, so führt der Verantwortliche vorab eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz personenbezogener Daten durch. [...]

(3) Eine Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Absatz 1 ist insbesondere in folgenden Fällen erforderlich: [...]

b) umfangreiche Verarbeitung besonderer Kategorien von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 9 Absatz 1 [...].“

Darüber befragt, haben die Beauftragten Folgendes erklärt:

„Voor de verwerkingen bedoeld in artikelen 2 en 4 werd een gegevensbeschermingseffectenbeoordeling (GEB) uitgevoerd. De verwerking bedoeld in artikel 3 is nog niet geoperationaliseerd. Vooraleer de verwerking bedoeld in artikel 3 wordt uitgevoerd, zal overeenkomstig artikel 35 van de AVG een gegevensbeschermingseffectenbeoordeling worden uitgevoerd“.

Der Verfasser des Vorentwurfs wird infolgedessen dafür sorgen, dass diese Folgenabschätzung im Hinblick auf die in Artikel 3 vorgesehene Verarbeitung durchgeführt wird und, wenn möglich, bevor die gesetzgebende Versammlung dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen zustimmt²⁶⁻²⁷.

²⁶ Gutachten Nr. 67.717/VR, Bemerkung 11.3 ; Gutachten Nr. 68.832/VR vom 18. Februar 2021 über einen Vorentwurf eines Dekrets der Wallonischen Region ‚portant assentiment à l’accord de coopération du (date) entre l’État fédéral, la Communauté flamande, la Communauté française, la Communauté germanophone, la Commission communautaire commune, la Région wallonne et la Commission communautaire française concernant le traitement de données relatives aux vaccinations contre la COVID-19‘ *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2020-2021, Nr. 509/1, S. 77 bis 87, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68832.pdf>.

10. Da die Kategorien der zu verarbeitenden Daten (insbesondere die Identifikations-, Kontakt-, Beschäftigungs- und Aufenthaltsdaten²⁸) nicht alle genau definiert werden, ist die Gesetzgebungsabteilung nicht in der Lage, die Verhältnismäßigkeit der in dem Zusammenarbeitsabkommen vorgesehenen Datenverarbeitungsvorgänge zu beurteilen²⁹.

BESONDERE BEMERKUNGEN

Artikel 2

11.1. Paragraph 1 bezeichnet die „zuständigen föderierten Teilgebiete“ als Verarbeitungsverantwortliche.

Dem Beauftragten zufolge wird mit den „zuständigen föderierten Teilgebiete[n]“ Folgendes gemeint:

„Wat artikel 2 betreft, gaat het om de bevoegde gefedereerde entiteiten als bedoeld in het SAK van 25 augustus 2020 betreffende de gezamenlijke gegevensverwerking door Sciensano en de door de bevoegde gefedereerde entiteiten of door de bevoegde agentschappen aangeduide contactcentra, gezondheidsinspecties en mobiele teams in het kader van een contactonderzoek bij personen die (vermoedelijk) met het coronavirus COVID19 besmet zijn op basis van een gegevensbank bij Sciensano. Het gaat meer bepaald om de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie. Volledigheidshalve kan worden verwezen naar de regelgeving van de bevoegde gefedereerde entiteiten inzake contact“.

Die Verarbeitungsverantwortlichen sollten so genau wie möglich bestimmt werden, damit diese aus der DSGVO ergebende Verpflichtung nicht inhaltslos wird³⁰.

Dieselbe Bemerkung gilt für Artikel 3.

²⁷ Aus der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs geht hervor, dass die Folgenabschätzung nicht notwendigerweise der Verabschiedung der Norm selbst, die die Verarbeitung vorsieht, vorausgehen muss. Siehe Verfassungsgerichtshof, 14. Januar 2021, Nr. 2/2021, B.7.3.

²⁸ Siehe in demselben Sinne Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Bemerkungen 18 bis 20, 33, 34, 55 und 56.

²⁹ Siehe in demselben Sinne die allgemeine Bemerkung Nr. 13 der Datenschutzbehörde in ihrem Gutachten Nr. 66/2021 vom 6. Mai 2021: „À la lecture des articles discutés ci-après, il apparaît que le projet ne se concentre que sur un seul aspect du traitement, à savoir l'identification des bases de données et les données de ces bases de données qui seront couplées à d'autres données en vue des finalités mentionnées dans le projet. Ce dernier aspect, le couplage, qui constitue un élément essentiel du traitement, n'est pas abordé dans le projet. Ce dernier ne mentionne que de vagues "données" à l'aide desquelles un couplage sera réalisé. Le projet ne permet donc pas à la personne concernée de se faire une idée claire des traitements qui seront réalisés et présente donc des lacunes en termes de clarté et de prévisibilité“.

³⁰ Siehe in demselben Sinne Gutachten Nr. 66/2021 der Datenschutzbehörde vom 6. Mai 2021, Bemerkungen 22 und 38: „L'Autorité constate que l'identification des responsables du traitement est vague et n'est dès lors pas transparente. Pour une personne concernée qui souhaite exercer les droits établis par les articles 12 – 22 du RGPD, il est impossible d'en déduire à qui elle doit s'adresser. Les responsables du traitement doivent donc être identifiés plus précisément“.

11.2. Der Kommentar zum Artikel 2 lautet wie folgt:

„Spätestens nach 14 Kalendertagen werden die personenbezogenen Daten so anonymisiert, dass die betroffene Person nicht oder nicht mehr identifizierbar ist, und die erhaltenen personenbezogenen Daten werden gelöscht. Die anonymisierten Daten werden zum Zweck wissenschaftlicher oder statistischer Studien über die Ausbreitung des Coronavirus COVID-19 und/oder zur Unterstützung der Politik in diesem Bereich verarbeitet, einschließlich der epidemiologischen Überwachung durch Sciensano“.

Dies ist jedoch aus dem verfügenden Teil nicht ersichtlich.

Darüber befragt, haben die Beauftragten wie folgt geantwortet:

„Kwestieuzе passage uit de artikelsgewijze toelichting bij artikel 2 van het ontwerp van samenwerkingsakkoord komt niet voor het in het dispositief aangezien het niet gaat om persoonsgegevens in de zin van art. 4, 1) AVG, terwijl het ontwerp van samenwerkingsakkoord de verwerking van persoonsgegevens betreft. De betreffende gegevens zijn geanonimiseerd in die zin en die mate dat het niet meer mogelijk is om de natuurlijke personen te (her)identificeren, en bijgevolg de AVG niet van toepassing is (zie onder meer overweging 26 bij de AVG: „(...) De gegevensbeschermingsbeginselen dienen derhalve niet van toepassing te zijn op anonieme gegevens, namelijk gegevens die geen betrekking hebben op een geïdentificeerde of identificeerbare natuurlijke persoon of op persoonsgegevens die zodanig anoniem zijn gemaakt dat de betrokkene niet of niet meer identificeerbaar is. Deze verordening heeft derhalve geen betrekking op de verwerking van dergelijke anonieme gegevens, onder meer voor statistische of onderzoeksdoeleinden“.

Indien geoordeeld zou worden dat het om persoonsgegevens gaat, *quod certe quā non*, wordt de verdere verwerking van persoonsgegevens met het oog op archivering in het algemeen belang, wetenschappelijk of historisch onderzoek of statistische doeleinden overeenkomstig artikel 89, eerste lid, AVG, niet als onverenigbaar met de oorspronkelijke verwerkingsdoeleinden beschouwd“.

Zwar gilt die DSGVO nicht für die Verarbeitung anonymer Daten, auch nicht für statistische oder Forschungszwecke, doch sollte im verfügenden Teil vorgesehen werden, dass die Durchführung solcher wissenschaftlicher oder statistischer Studien auf der Grundlage anonymisierter Daten erfolgt und sollten die Einrichtungen bestimmt werden, die mit einer solchen Aufgabe betraut werden sollen.

Der verfügende Teil ist also in diesem Sinne zu ergänzen.

Artikel 3

12. Im Hinblick auf Artikel 3 § 3 und unbeschadet dessen, was in Bezug auf die in dieser Bestimmung vorgesehenen Delegation an ein ausführendes Zusammenarbeitsabkommen bemerkt wurde, bestätigte der Beauftragte, dass die Bezugnahme auf Artikel 7 §§ 1, 2, 3 und 5 des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. März 2021 ein sachlicher Fehler ist, insofern auf Artikel 7 Absätze 1, 2, 3 und 5 desselben Zusammenarbeitsabkommens verwiesen werden sollte.

Artikel 7

13. Artikel 7 Absatz 1 sieht vor, dass das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen am Datum der Veröffentlichung des letzten Gesetzgebungsakts über die Billigung des Zusammenarbeitsabkommens im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft tritt, „mit Ausnahme von Artikel 2, der mit Wirkung vom 1. September 2020³¹ in Kraft tritt, und mit Ausnahme von Artikel 4, der mit Wirkung vom 12. Januar 2021 in Kraft tritt“.

Die Artikel 2 und 4 des Zusammenarbeitsabkommens sind daher als eine nachträgliche Schaffung einer Rechtsgrundlage für die genannten Datenverarbeitungsvorgänge (die bereits zurzeit gemäß Artikel 22 des o.a. Ministeriellen Erlasses vom 28. Oktober 2020 durchgeführt werden) zu betrachten.

Die Nichtrückwirkung von Regeln auf der hierarchischen Ebene einer Gesetzesnorm ist eine Garantie zur Vermeidung von Rechtsunsicherheit. Diese Garantie erfordert es, dass der Rechtsinhalt vorhersehbar und zugänglich ist, damit der Rechtsunterworfenen in einem vernünftigen Maße die Folgen eines bestimmten Handelns zum Zeitpunkt der Ausführung dieser Handlung vorhersehen kann. Die Rückwirkung ist nur zu rechtfertigen, wenn sie zur Verwirklichung einer Zielsetzung allgemeinen Interesses unerlässlich ist³².

Darüber befragt, haben die Beauftragten wie folgt geantwortet:

„De gedeeltelijk retroactiviteit is afgestemd op de datum van inwerkingtreding van de overeenstemmende bepaling van het besluit van de Minister van Binnenlandse Zaken houdende de dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 te beperken. Artikel 2 heeft net zoals artikel 11 van het ministerieel besluit van 22 augustus 2020 houdende wijziging van het ministerieel besluit van 30 juni 2020 houdende dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 te beperken, uitwerking met ingang van 1 september 2020. Artikel 4 heeft net zoals artikel 8 van het ministerieel besluit van 12 januari 2021 houdende wijziging van het ministerieel besluit van 28 oktober 2020 houdende dringende maatregelen om de verspreiding van het coronavirus COVID-19 te beperken, uitwerking met ingang van 12 januari 2021. De rechtszoekenden waren aldus voorafgaand aan de verwerkingen op de hoogte van de verwerkingen.

De gedeeltelijk terugwerkende kracht is ook is mede ingegeven door het wetsontwerp betreffende de maatregelen van bestuurlijke politie tijdens een epidemische noodsituatie (55K1951). Het betreffende wetsontwerp biedt geen, minstens onvoldoende rechtsgrond, voor maatregelen die de verwerking van persoonsgegevens impliceren die raken aan de persoonlijke levenssfeer. De essentiële elementen van de verwerkingen van persoonsgegevens zullen voor dergelijke maatregelen bij afzonderlijke federale wet of samenwerkingsakkoord moeten worden bepaald.

³¹ Die Beauftragten sind damit einverstanden, dass man im französischen Text der Bestimmung nicht 2021, sondern 2020 lesen soll, wie im niederländischen und im deutschen Text.

³² Ständige Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs, siehe u.a.: Verfassungsgerichtshof, 21. November 2013, Nr. 158/2013, B.24.2; Verfassungsgerichtshof, 19. Dezember 2013, Nr. 172/2013, B.22 ; Verfassungsgerichtshof, 29. Januar 2014, Nr. 18/2014, B.10; Verfassungsgerichtshof, 9. Oktober 2014, Nr. 146/2014, B.10.1; Verfassungsgerichtshof, 22. Januar 2015, Nr. 1/2015, B.4; Verfassungsgerichtshof., 7. Mai 2015, Nr. 54/2015, B.12; Verfassungsgerichtshof, 14. Januar 2016, Nr. 3/2016, B.22; Verfassungsgerichtshof, 3 Februar 2016, Nr. 16/2016, B.12.1; Verfassungsgerichtshof, 28 April 2016, Nr. 58/2016, B.9.2; Verfassungsgerichtshof, 9. Februar 2017, Nr. 15/2017, B.9.2. Siehe Gutachten Nr. 68.977/VR, Bemerkungen unter Artikel 10 und angegebene Quellen.

De gedeeltelijk retroactieve inwerkingtreding is in dezen onontbeerlijk voor de verwezenlijking van een doelstelling van algemeen belang, te weten het beperken van de verspreiding van het coronavirus COVID-19.

Ter aanvulling wordt gepreciseerd dat in dezen geen sprake is van retroactieve strafbaarstelling. Er wordt uiteraard evenmin afbreuk gedaan aan definitief geworden rechterlijke beslissingen“.

Wie die Gesetzgebungsabteilung jedoch bereits bemerkt hat, u.a. in ihrem Gutachten Nr. 68.977/VR vom 16. März 2021,

„La non-rétroactivité s'impose dès lors que, conformément à la législation des entités fédérées, les données échangées dans le cadre de cet accord de coopération permettront de sanctionner pénalement les individus qui ne respectent pas les obligations de quarantaine et de testing“³³.

Diese Bemerkung kann im vorliegenden Fall in Bezug auf Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens wiederholt werden, da die in diesem Rahmen verarbeiteten Daten es gegebenenfalls ermöglichen werden, Personen, die die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus am Arbeitsplatz nicht einhalten, eine strafrechtliche Sanktion aufzuerlegen³⁴.

³³ Siehe Gutachten Nr. 68.977/VR. Siehe auch in demselben Sinne die Gutachten des Staatsrates Nr. 68.978/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 8. April 2021 ‚portant assentiment à l'accord de coopération du 24 mars 2021 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Région wallonne, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune concernant le transfert de données nécessaires aux entités fédérées, aux autorités locales ou aux services de police en vue du respect de l'application de la quarantaine ou du test de dépistage obligatoires des voyageurs en provenance de zones étrangères et soumis à une quarantaine ou à un test de dépistage obligatoires à leur arrivée en Belgique‘ geworden ist, *Parl. Dok.*, Kammer, 2020-2021, Nr. 55-1882/1, S. 23 bis 42, <http://www.raadvstconsetat.be/dbx/avis/68978.pdf>, Nr. 68.983/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. März 2021 ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 24. März 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Übermittlung notwendiger Daten an die föderierten Teilgebiete, die lokalen Behörden oder die Polizeidienste zur Durchsetzung der verpflichteten Quarantäne oder Untersuchung von Reisenden aus dem Ausland, die bei der Ankunft in Belgien einer verpflichteten Quarantäne oder Untersuchung unterliegen‘, geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. DG, 2020-2021, Nr. 134/1, S. 16 bis 28, <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/gutachten/68983.pdf>, Nr. 68.989/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf, der zur Ordonnanz der Vereinten Versammlung der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission vom 2. April 2021 ‚portant assentiment à l'accord de coopération du 24 mars 2021 entre l'État fédéral, la Communauté flamande, la Région wallonne, la Communauté germanophone et la Commission communautaire commune concernant le transfert de données nécessaires aux entités fédérées, aux autorités locales ou aux services de police en vue du respect de l'application de la quarantaine ou du test de dépistage obligatoires des voyageurs en provenance de zones étrangères et soumis à une quarantaine ou à un test de dépistage obligatoires à leur arrivée en Belgique‘ geworden ist, *Parl. Dok.*, Vereinigte Versammlung G.G.K., 2020-2021, Nr. B-66, S. 3 bis 19 <http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68989.pdf>, und Nr. 69.000/VR vom 16. März 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 2. April 2021 ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 24 maart 2021 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Duitstalige Gemeenschap en de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie betreffende de gegevensoverdracht van noodzakelijke gegevens naar de gefedereerde entiteiten, de lokale overheden of politiediensten met als doel het handhaven van de verplichte quarantaine of testing van de reizigers komende van buitenlandse zones bij wie een quarantaine of testing verplicht is bij aankomst in België‘ geworden ist, *Parl. Dok.*, Fläm. Parl., 2020-2021, Nr. 709/1, S. 25 bis 42, <http://www.raadvstconsetat.be/dbx/avis/69000.pdf>, die auch über Vorentwürfe zur Zustimmung dieses Zusammenarbeitsabkommens abgegeben wurden.

³⁴ Artikel 238 des Sozialstrafgesetzbuches lautet wie folgt:

„Est puni d'une sanction de niveau 2, l'employeur, son préposé ou mandataire, ou quiconque qui, dans les entreprises, n'a pas respecté les obligations prévues à l'article 15 de l'arrêté de pouvoirs spéciaux n° 37 pris en

Der Wortlaut von Absatz 1 ist dann auch zu revidieren, um jede Rückwirkung für Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens zu vermeiden.

Da der Zweck von Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens nicht in der Durchsetzung und der Kontrolle der Quarantäne- und Testpflicht besteht und die in diesem Zusammenhang verarbeiteten Daten daher es nicht ermöglichen werden, den Personen, die den Quarantäne- und Testpflichten nicht nachkommen, strafrechtliche Sanktionen aufzuerlegen, kann die Rückwirkung von diesem Artikel 2 angenommen werden, insofern sie eine Zielsetzung allgemeinen Interesses verfolgt, nämlich die Aufrechterhaltung eines Rechtsrahmens, der ausreichende Rechtssicherheit im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie bietet. Unter diesen Umständen kann Artikel 2 des Zusammenarbeitsabkommens, der inhaltlich der föderalen Regelung entspricht, die dringend auf die Notwendigkeit der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie reagiert, ausnahmsweise rückwirkend ab dem Datum des Inkrafttretens dieser föderalen Regelung³⁵, d.h. ab dem 1. September 2020, in Kraft gesetzt werden. Diese Rechtfertigung würde jedoch nicht für die neuen Elemente gelten, die nicht der Verarbeitung personenbezogener Daten entsprechen würden, wie sie seit diesem Zeitpunkt tatsächlich erfolgt ist. Man muss folglich dafür sorgen, dass die in diesem Zusammenarbeitsabkommen enthaltenen Regeln mit dieser effektiven Verarbeitung perfekt im Einklang stehen.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Charles-Henri VAN HOVE

Marnix VAN DAMME

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

exécution des articles 2 et 5 de la loi du 27 mars 2020 accordant des pouvoirs au Roi afin de prendre des mesures dans la lutte contre la propagation du coronavirus COVID-19(II) visant à soutenir les travailleurs. Pour l'application du présent article, on entend par 'entreprises' les 'lieux de travail' tels que définis à l'article 16, 10°, du présent Code.

En ce qui concerne les infractions visées à l'alinéa 1er, commises par l'employeur, son préposé ou mandataire, l'amende est multipliée par le nombre de travailleurs concernés“.

Artikel 15 des Sondervollmachtenerlasses Nr. 37 (bestätigt durch das Gesetz vom 24. Dezember 2020) bestimmt: „Les obligations imposées dans le cadre des mesures d'urgence prises par le Ministre de l'Intérieur pour limiter la propagation du coronavirus COVID-19 doivent être respectées dans les entreprises comme mesures de prévention pour assurer la protection de la santé et de la sécurité des travailleurs“.

³⁵ Siehe in demselben Sinne Gutachten Nr. 67.717/VR, Bemerkung 43, und Gutachten Nr. 68.832/VR, Bemerkung 34.